

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)
Unparteiische

Belegpreis in der Stadt frei Haus monatlich M. 5.—,
für Abholer M. 4.90, durch auswärtige Posten
5.50 M., monatlich bei Vorbezug monatl. M. 6.— frei Haus.
Erlaubnis in nachstehend nachmittags Einzelnummer 25 Blg.
Politisches Konto Nr. 1654. Geschäftsstelle Hiltferstraße 4.
Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der 7sch. Mittm. Spatrum 30 Blg. x 20
der 8sch. Mittm. Spatrum 30 Blg. x 20
Die laufende Monatszählung wird vom Besucher auf kleine
Anzeigen in Zahlung genommen. Alle Anzeigen auf 14 Tage
befristet. Norm. Anzeigenstück 11 Uhr vorm. Fernspr. 100.
Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 46.

Donnerstag, den 24. Februar 1921

161. Jahrgang.

Tageschronik

Die deutsche Delegation unter Führung Dr. Simons' reist am Sonntag nach London.
Nach keine Entscheidung über die Regierungsbildung in Preußen.
Die Abstimmung in Oberschlesien endgültig auf den 20. März festgelegt.
General Zerond mischt sich in die deutsche Politik ein.
Deutsche Politiker im besetzten Gebiet verhaftet.
Stieg des amerikanischen Standpunktes in der Rabeifrage.
Neues Aufblühen der Gegenrevolution in Russland.
Erich Rupp kehrt nach Berlin zurück.
Annahme der Meißener im Reichswirtschaftsrat.

Die Regierungsbildung in Preußen. Vorläufig keine Entscheidung.

Berlin, 24. Febr. Wie wir erfahren, sind die Reichstagsfraktionen gestern zu einer interfraktionellen Besprechung der Frage der Regierungsbildung in Preußen und der etwaigen Koalitionserweiterung im Reich zusammengetreten. Laut „Vor-Anz.“ hielt die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, deren Vorstand gestern tagte, nach wie vor in der Bildung der Einheitsfront von den Deutschen Nationalen bis zu den Arbeiterparteiern das unter allen Umständen anstrengende Ziel. Die Deutschen Nationalen sind zu Verhandlungen bereit. Die Arbeiterpartei der Einheitsfront will die Deutsche Volkspartei eine bürgerliche Koalition im Landtag anstreben. Sollten beide Versuche fehlschlagen, so wäre eine Arbeiterparteiregierung wie im Reich möglich. Sollte man aber die Deutsche Volkspartei zum Eintritt in die preussische Regierung auffordern, so wäre sie vermutlich auch bereit.

In der Zentrumsfraktion lehnt man nach wie vor eine Erweiterung nach rechts ab, womit die von den Deutschnationalen angestrebte Rechtskoalition illusorisch werden dürfte. Die Sozialisten verhalten sich sehr zurückhaltend. In keinem einer Erweiterung der Regierungskoalition nur dann geneigt zu sein, wenn etwa die Deutsche Volkspartei an die bisherigen Regierungsparteien herantreten sollte. Eine Entscheidung über etwaige Umgruppierungen im Reich und in Preußen ist kaum vor dem Zusammentritt des Landtags zu erwarten.

Laut „Vor-Anz.“ wollte das preussische Kabinett gestern Abend in seiner ersten Sitzung nach der Wahlen den formellen Beschluß zur Demission fassen, die sich in der Form vollzieht, daß die einzelnen Minister, dem Ministerpräsidenten ihre Resignationsgedenke übermitteln, der dann seinerseits dem Landtagspräsidenten seine Demission gibt.

Der neue Landtag.

Das amtliche Wahlergebnis.

Nach den amtlichen Berechnungen des Landeswahlleiters setzt sich der Preussische Landtag aus 428 Abgeordneten zusammen, davon entsallen auf die Sozialdemokraten aus den Kreiswahlvorschlägen 97, aus den Reichstimmen 10, aus Oberschlesien 7, zusammen 114 Abgeordnete.

Zentrum 64 plus 6 plus 11, zusammen 81.
Demokraten 14 plus 11 plus 1, zusammen 26.
Deutschnationalen 62 plus 12 plus 1, zusammen 75.
Unabhängigen 18 plus 9 plus 2, zusammen 29.
Deutsche Volkspartei 48 plus 10, zusammen 58.
Rechtliche Kommunisten 20 plus 10, zusammen 30.
Deutscher Arbeiterverein 9 plus 2, zusammen 11.
Wirtschaftspartei des Mittelstandes 1 plus 3, auf 4.

Entscheidung der Dänen in Schleswig.

Die dänische Zeitung „Folind“, das Sprachrohr des früheren Ministers für Schleswig Dänen registriert den bedeutenden Rückgang der dänischen Stimmen in Flensburg und Mittel-Schleswig bei der Reichstagswahl als schmerzhaften Streich für die dänischen nationalen Kräfte südlich der Grenze. Das Ergebnis sei eine neue Enttäuschung.

Amerikas Einspruch in der Mandatsfrage.

Paris, 23. Febr. In seiner Antwort auf das von dem amerikanischen Botschafter Wallace überreichte Schreiben der amerikanischen Regierung sagt der Präsident des Völkerbundrates Dr. Cuern, entsprechend dem gedruckten

Die deutsche Delegation für London.

Dr. Simons Hauptdelegierter.

Im Reichskabinett wurde beschlossen, daß Außenminister Dr. Simons als Hauptdelegierter nach London geht. Ueber die Teilnahme des Reichsfinanzministers Dr. Wirth wurde eine einstimmige Entscheidung noch nicht getroffen; es ist möglich, daß er in Berlin bleibt. Zum Reichsaußenminister werden Dr. Simons bestelltes: Staatssekretär Goepfert und Ministerialdirektor v. Simon, vom Finanzministerium die Staatssekretäre Bergmann und Schröder, vom Wehrministerium General v. Seede oder General v. Franke, außerdem höhere Beamte des Reichswirtschaftsministeriums.

Das Bureau der Delegation (30 Personen) reist bereits am Sonntag nach London ab, die eigentliche Delegation erst am Sonntag Mittag 12 Uhr im Sonderzug.
Die dem Reichskabinett bereits zugangene Denkschrift des Sachverständigenausschusses über die deutschen Gegenforderungen ist noch nicht endgültig formuliert, am Freitag dürfen aber die Vorschläge der Öffentlichkeit in ihren Grundzügen bekannt gegeben werden. Man sieht aus dem Standpunkt, daß es unmöglich ist, das deutsche Programm nach seiner Fertigstellung zurückzuziehen und den Alliierten erst in London bekannt zu geben. Das gesamte Material löst daher nach erfolgter Einigung über den endgültigen Wortlaut veröffentlicht werden.

Die Richtlinien der Alliierten.

„Evening Standard“ schreibt über die augenblickliche Lage in London sei über eine Revision in der Paris beschlossenen Reparationsbedingungen nicht gesprochen worden und eine solche werde auch nicht in Betracht kommen, ehe die Deutschen in London ihren Fall darlegen hätten. England und Frankreich seien darin einig, daß die schärfsten Bedingungen vermindert seien und im wesentlichen aufrechterhalten werden müßten. Die britische öffentliche Meinung würde eine Erzwingung der Bedingungen mit militärischen Mitteln bedauern, aber es dünkte ein wirtschaftlicher Druck durch Errichtung einer Zollzone zwischen dem Rheingebiet und dem übrigen Deutschland und Verlängerung der Besatzungsdauer ausreicht werden.

Der 20. März

Oberschlesiens Schicksalstag.

Nach amtlicher Mitteilung der internationalen Kommission in Oppeln findet die Volksabstimmung für alle Stimmberechtigten am Sonntag, den 20. März 1921, statt.

Entscheidung der Rabeifrage zugunsten Amerikas.

Paris, 24. Febr. In der Rabeifrage hat Frankreich den amerikanischen Standpunkt angenommen. Auch England stimmt zu, daß das Rabel von Vren den Vereinigten Staaten zuerkannt wird. Frankreich würde dies zugestanden, nachdem Amerika erklärt hatte, daß es Marzellen ergreifen werde, falls bis 15. März nicht eine endgültige Entscheidung von der Konferenz getroffen werde.

London wurde jede endgültige Entscheidung über die Verantwortung in Behandlung befindlichen Mandate bis zum Eintreffen der angeforderten amerikanischen Mitteilung zurückgeschoben. Die gegenwärtig zur Beratung stehenden Mandate betreffen sich auf Kleinasien und Zentralafrika. Die Beschlüsse über die Mandate über die Inseln des Südpazifiks und das frühere Deutsch-Südwestafrika seien seit über 2 Monaten endgültig gefaßt.

Nach Mitteilung aus Washington beruhe das Vorgehen des Staatsdepartements auf seiner Ansicht, daß der Völkerbundrat eine solche Resolution zu fassen hat, in der die Mandate für Neopolenien und Palästina plant.

Laut „New York Herald“ glaubt man in Völkerbundsratskreisen, Amerika wolle die Mandatsfragen neuerdings aufrollen, legt, wo die Alliierten die finanzielle Unterstützung von Amerika haben. England und Japan können in der Mandatsfrage zueinander, dagegen werde Frankreich seinen Einspruch gegen Verzichtnahme der amerikanischen Ansprüche erheben.

Um Oberschlesien.

Die Londoner Konferenz, die sich nun auch mit den Wahlen und der Abstimmung in Oberschlesien beschäftigen mußte, hat entschieden, daß die Abstimmung am 20. März stattfinden soll. Die bisher verbreiteten Gerüchte, man wolle eine gezielte Abstimmung der Einheitsfront und der Auswärtigen vornehmen lassen, haben sich nicht bestätigt. Die Londoner Konferenz hat, wie es scheint, den Friedensvertrag noch einmal studiert und wohl geschlossen, daß man ihn vollständig an dem würde durch Bestimmungen, die die Wahl in Oberschlesien zu beeinflussen in der Lage wären. Schluß das Gezielte? Man könnte es annehmen. Und doch darf man mehr zu der anderen Ansicht neigen, die sich aus der politischen Stellung Englands zu Frankreich ergibt. England war die treibende Kraft, die Frankreich mit seinen Plänen in Oberschlesien auf Trab setzte. Was Frankreich in Oberschlesien will, ist bekannt. Es zeigt mehr und mehr zu Polen, es gab Geld, es gab Unterstützung an Truppen und Munition an Gewehren und Kanonen und hätte die polnische Aufgeschlossenheit Polen versprochen Frankreich dafür Vorteile über Vorteile, es gebiete Frankreich alles. Frankreich darf in Polen verkaufen, kaufen, ausbeuten. Darf vor allen anderen Ländern dort sein Schädliches ins Trockene bringen. Und da Polen zu klein, zu wenig ergebe sich, hat es sein Auge auf Oberschlesien geworfen. Amerika wollte sich dort einmischen, England verbot es. Beide wurden durch die Franzosen mit Hilfe der Polen auf dem Wege geschoben. Durch seine Planer, um dem ober-schlesischen Lande, das unter polnischer Herrschaft als Ausbeutungsbetrieb vorzüglich geeignet war. Es dachte aber weiter: Oberschlesien sollte an Polen fallen. Sollte nun ein mal Polen nicht mehr in der Lage sein, Herr seiner Gebiete zu bleiben (Frankreich rechnet mehr noch als andere mit dieser Tatsache), so würde Frankreich, Polens Schicksal, seine Hand selbstverständlich auf die polnischen Gebiete legen, wo es etwas zu tunen gibt. Alles im besten Gange. Die französisch-polnische Freundschaft wird. Man arbeitet sich in die Hände. „Hohe Politik“, mit einem vorliegenden Ziel. Was außen aber wird die „Unparteiische“ herausgefunden. Man darf es den Deutschen, den anderen nicht zeigen, was man in Oberschlesien vorbereitet, darf nicht zeigen, was man will. Was wäre auch, wollte man Deutschland dieselbe Gelegenheit, die gleiche Günst bewiesen? Deutschland würde sich Oberschlesien behaupten. Mit den französischen Plänen aber wäre es still.

Und nun England. Es weiß sehr wohl, wie Frankreich das Spiel spielt. Es ist nicht blind. Und deshalb kann man auch nicht in Entzünden geraten über die englische große Seele, die den Friedensvertrag in sein Reich holt. Londern sind die Londoner Beschlüsse, den England durchzusetzen hat, so werden, wie er von England bezeugt wird: den Franzosen das Wasser abgelenken. Das sollte er. Und das ist gelungen. Die gleichzeitige Wahl der Einheitsfront und Auswärtigen ist (entgegen den Plänen Frankreichs und Polens) zu Gunsten der Deutschen durchgeführt. Die Ingerellen stehen nicht mehr unter der polnischen Kontrolle, können an ihrem Vorkommen nicht mehr gehindert werden. Haben weitere Hand, können am Tage der Befestigung ihr Herz für ihre Heimat sprechen lassen. Sie danken England für den Beschluß, und wenn auch andere Gründe als britische Liebe und Zuneigung ihr bittere haben. Aber das England noch gar sechs Jahren noch Oberschlesien sehen will, um die Wahlen zu feiern, ist ein direkter Schlag gegen Frankreichs Pläne in Oberschlesien. Dieser englische Beschluß richtet nicht gegen die Wünsche der Polen in Oberschlesien, entspricht nicht dem Willen der Partei, dem Recht Geltung zu verschaffen, sondern allein und einzig der Furcht, es könnte den gemeinsamen Kräften der Franzosen und Polen gelingen, ihre Pläne durchzusetzen. Und das soll verhindert werden. Das sollen die englischen Truppen verhindern. Man sollte annehmen, daß nun die Abstimmung verbürgt ist, denn die Engländer führen durch was sie wollen. Auch gegen Frankreich. Und die Franzosen werden sich nun hüten müssen, in Oberschlesien allzu offensichtlich Partei zu setzen. Sie werden schämen vor dem. England geht also nach Oberschlesien. Es weiß, es nicht ist, wenn es sich dort ganz neutral verhält, wenn es nach außen hin den Schein des Rechts zu wahren vorgibt. Es über die französischen Pläne.

Eine alte Geschichte: Die Neutralität der Länder auf dem Erdball. Der Kampf um die Macht, um die Vorherrschaft, um Quellen und Stützpunkte. Weiß ich, das wieder hier bei Triebfeder war. Man denke: Frankreich würde gar so werden. Das Rheinland stiele ihm zu, das Ruhrgebiet, selbstverständlich das Saarland, es gedünne auch, so nach und nach Oberschlesien. England würde das nie dulden. England

Letzte Depeschen

... die ... wurde ...

Das Verhältnis zwischen Vorratslag und Einnahmen im Reichshaushalt.

Berlin, 24. Febr. Nach einer Mitteilung des 'Volk. Sta...' haben für die 9 Monate von 1. April bis Ende Dezember 1920 bei dem Reichsnotopfer und bei einer Reihe anderer Einnahmequellen die Einnahmen den Vorratslag im Reichshaushalt für das ganze Jahr bereits überschritten.

... ihre ... (1) ...

Partijons Vorbehalte für die Heraushebung der Dingsgilt.

Paris, 24. Febr. (Sta. Drahtber.) Vor dem Kommissariat für Gemeindefragen ...

Aus Kreis und Nachbarreisen

Die Arbeiter der Remanwerte für Unterelmsa der Beverfischer Parkwiese.

** Leunawerke, 24. Febr. In einer von über 20 000 Arbeitern der Remanwerte abgehaltenen Versammlung ...

Belgien verlangt Durchführung der Pariser Beschlüsse.

Brüssel, 24. Febr. In einem gestern unter Vorhubs des Königs abgehaltenen Ministerrat ...

Ein amerikanisches Blatt für Gemaltpolitik.

Newyork, 24. Febr. Die Harding'sche nahezeitige Rechtschrift (?) 'Gardens World' ...

Ein Kabinett Orlando in Italien?

Rom, 24. Febr. (Sta. Drahtber.) Wie der römische Senat ...

Die Ministerkrise in Schweden behoben.

Stockholm, 24. Febr. Der König genehmigte gestern das Ministertausch des Ministerpräsidenten ...

Russisch-chinesisches Militärabkommen?

Sankt Petersburg, 24. Febr. Die japanische Mission in Peking ...

Mittiger Arbeiteraufstand in der Slowakei.

Brno, 24. Febr. In einem Bericht über einen blutigen Arbeiteraufstand in den Gassen ...

70 weitere Bewerber um die Bürgermeisterstelle.

Schleswig, 14. Febr. Auf die zweite Amtseinführung ...

** Raumborn, 23. Febr. Der 21 Jahre alte Geschäftsführer ...

Unerschütterter Saferpreiswächter.

Bahnhofen, 23. Febr. Dieser Safer traf hier am Ende ...

Aus Provinz und Reich

Die eigene Ehefrau nebenherleben.

+ Leipzig, 23. Febr. Ueber den aramäischen Stattenmord ...

Der neue rheinische Provinziallandtag.

Essen, 24. Febr. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen ...

Die Unterjagung gegen Minister Hermes.

Berlin, 24. Febr. (Sta. Drahtber.) Unmittelbar nach der heutigen Reichstagsung ...

Der polnisch-französische Bündnisvertrag.

Paris, 24. Febr. Nach einer halbamtlichen Mitteilung ...

Mittagsstunden mit einem Blumenstrauß aus ihrer Schwägerin.

Kran. ...

Knospenfunde aus der Eiszeit.

+ Westfalen, 23. Febr. Aus dem Kallberg wurden in den Gipfelregionen ...

Wie eine Festlichkeit endet.

+ Dortmund, 22. Febr. Bei einer Festlichkeit ...

Der Trost gegen die Mörder Kaysers.

+ Braunschweig, 21. Febr. Am 24. d. M. ...

Ein Strohhaus gegen Schindler's 'Meinen'.

+ Berlin, 23. Febr. Gestern abends kam es während der Vorstellung ...

Ein Strohhaus gegen Schindler's 'Meinen'.

+ Berlin, 21. Febr. Ein neues mit ganz besonderer ...

Sammtliche Deutscher Roman von Carl Schäfer.

Sammtliche Deutscher Roman von Carl Schäfer. 1. Teil ...

Reisefahrt für Muller.

Illustrierte Monatschrift für Konzert, Theater, Befreiung ...

Bericht über die Verhandlung des Reichstages.

Bericht über die Verhandlung des Reichstages ...

Literarisches

„Der Vertrag von Versailles.“

Vertrag und Wirkung ...

Handwörter.

Handwörter ...

Bericht über die Verhandlung des Reichstages.

Bericht über die Verhandlung des Reichstages ...



Deutscher Reichstag

Berlin, 23. Februar 1921.

Anträge der Staatsanwaltschaft auf Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Erzberger wegen Steuerhinterziehung und Kapitalflucht...

Inhalts des Arbeitsministeriums.

Arbeitsminister Braun: Der Etat schließt ab mit einem Gesamtaufwand von fast 4 Milliarden Mark...

Abg. Reiter (Soz.) beantragt, daß allen angeklagten Personen noch nicht ein Recht am Saule zuzugewiesen...

Abg. Dr. Reid (Zem.) fordert ebenfalls Verrechnung der Angehörigen und Invalidenversicherung...

Donnerstag, Weiterberatung.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 23. Februar 1921.

Edler von Braun eröffnet die Sitzung mit Gebetsworten für das verstorbenen Mitglied Legien...

Cohen nimmt die Wahl an und bittet den Vorsitzenden, Edler von Braun, das Amt des 1. Vorsitzenden...

Es folgt der Bericht des Siedlungs- und Wohnungsausschusses zum Entwurf des Gesetzes über eine Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues...

Scheidtmanz, Direktor der Pr. Zentral-Voden-Streit-A.-G. Der Anschlag war der Meinung...

Direktor Haufe wünscht Streichung der Bestimmungen, wonach Geschäftswörter des Reiches...

Wiederberg (Arbeitnehmer-Vertr. des Handwerks). Eine Verschleppung der Vorlage wäre für Tausende...

Ministerialrat Krüger (Reichsarbeitsminister). Einer Befreiung der landwirtschaftlichen Anwesen...

Ingenieur Scheller: Die Befreiung der obersten Landesbehörden, die Aufsichtsämter der Gemeinden...

Die Vorlage wird mit einem Antrag Wiffel (seine Anträge für Spekulationsbanken) und einem Antrag...

Donnerstag: Tagesordnung zu den Pariser Beschlüssen und zu der Londoner Konferenz.

Politische Rundschau

Wenn die Rheinlandkommission "befiehlt"...

Die interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat nachstehende Beschlüsse erlassen:

Jede der alliierten und assoziierten Armeen hat das Recht, für die eigenen Bedürfnisse und die der Rheinlandkommission...

Die deutsche Steuerlast.

Die in Brüssel der internationalen Finanzkonferenz mitgeteilte deutsche Steuerlast beträgt...

Die Erdbauer-Thyssen-Bank.

In der Berliner Moonstraße und zwar im Hause der ehemaligen Österreich-ungarischen Botschaft...

Die deutsche Ausfuhr nach England.

Am englischen Unterhaus erklärte der Parlamentssekretär des Handelsministeriums...

Die Erhöhung der Rentner-Pensionen.

Der Gesamtentwurf zur Erhöhung der Rentnerbezüge der Rentner von 1864, 66 und 70/71...

Die Ernte dieses Jahres betragt nach Schätzung der Reichsstatistik...

Die vorläufigen Zahlungen auf die Körperschaftsteuer.

Der Reichrat nahm am Montag u. a. den Gesetzentwurf über vorläufige Zahlungen auf die Körperschaftsteuer...

Angenommen wurde noch die Vorlage zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen...

Der Schatz der Habäer

Roman von E. Tracy (Nachdruck verboten.)

„Es ist verlorene Arbeit, Herr de Beauregard, mich anderen Sinnes machen zu wollen. Ich würde lieber auf der Stelle unverrichteter Dinge umkehren...“

„Nur Beauregard sprach jetzt lauter als zuvor. Er bemühte sich, dem Geheimrat klarzumachen, daß die Kunde von der geplanten Expedition eine gefährliche Aufregung bei den Somais hervorrufen könnte...“

haben doch, wie ich meine, es werden in werra von und Gönige besprochen. Und Sie werden sich damit abfinden müssen...

„Heinz hatte halb wider seinen Willen diese Bruchstücke des Gesprächs aufgesaugen, und er hatte absichtlich vermeiden zu wollen, die beiden hinterzugehen...“

„Was Sie mir sagen, Herr von Solmitten!“, sagte sie unbefangenen. „Ich sehe das Herablassen des Ankers so gerne.“

„Ich wurde zufällig Zeuge eines Gesprächs, aus dem ich es unschwer entnehmen konnte.“

„Nun, wenn wir erst an Land sind, finde ich wohl eine Gelegenheit, ausführlicher mit Ihnen darüber zu sprechen. Unter allen Umständen müssen Sie mitkommen...“

„Achtung! — Vorwärts! — Los!“ schallte es herüber. Rärrend raste die Ankerkette durch die Klüfte. Ein kurzer Ruck, und beinahe unbemerkt lag die „Alphrodite“ in dem grünen, durchsichtigen klaren Wasser der See...

Fortsetzung folgt.

